

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 10, September 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPÖ** Graz



Landtagswahl 26.9.2010

Gerechtigkeit statt Privilegien!

KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler steht für eine gerechte und soziale Politik im Land. Warum es sich lohnt, am 26. September KPÖ zu wählen.
Seite 4 bis 5

Wir verraten Euch nie!



KPÖ
Liste 3 **wirkt**

Sozialpass jetzt einführen!

Durch den Streit in der Grazer SPÖ sind diese dringenden soziale Aufgaben wie der Sozialpass in den Hintergrund gedrängt worden.

Elke Kahr: „Besonders wichtig ist die Einführung eines Grazer Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen. Wenn man den Termin 1.1. 2011 halten will, muss man bei den Budgetverhandlungen jetzt dafür die Vorsorge treffen. Die dringenden Anliegen der Grazerinnen und Grazer dürfen auf keinen Fall taktischen parteipolitischen Fragen untergeordnet werden.“

Einen einstimmigen Ge-

meinderatsbeschluss für die Einführung des Sozialpasses gibt es bereits seit 19. 9. 2007. Nun sind drei Jahre vergangen und ein Konzept liegt immer noch nicht vor. Der Sozialpass (Aktiv-Card), der für Bezieherinnen und Bezieher von Einkommen unter 1000,- gelten soll und in dem alle bestehenden Ansprüche, etwa Heizkostenzuschuss, Schulstartgeld etc. aufgelistet wären, würde nicht nur den Leuten ihren Weg zu ihnen zustehenden Leistungen der Stadt vereinfachen, er würde auch Einsparungen in der Verwaltung des Magistrats ermöglichen.

Bezirksämter zugesperrt

In Graz wurden die Bezirksämter Lend, Gries, Waltendorf, Mariatrost, Gösting und Eggenberg am 3. September 2010 endgültig geschlossen. Das Bezirksamt Jakomini wird vorübergehend für den Umbau gesperrt.

Die versprochenen Servicecenter können den Nahkontakt der Bevölkerung in den Bezirken mit der Stadt und mit ihren Basisvertretern nicht ersetzen.

Besonders deutlich wird das beim Servicecenter beim Bahnhof. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Eggenberg, Lend, Gries und Gösting ver-

lieren ihre Bezirksämter und müssen jetzt in ein Servicecenter pilgern, das mitten in der Baustelle für die geplante Nahverkehrsdrehscheibe liegt. Hier hat nicht einmal die Koordination funktioniert.“

Als „Zuckerl“ und zur Ruhigstellung der Kritik aus den Bezirksräten erhalten Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter jetzt Dienst-Laptop und Dienst-Handys auf Kosten der Steuerzahler. Die KPÖ Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Parteder (Innere Stadt) und Inge Arzon (Gries) beteiligen sich nicht an dieser Aktion.

Schlupfloch für Spekulanten

Die KPÖ wird sich im „neuen Landtag für eine Verschärfung des Stmk. Baugesetzes einsetzen“, kündigt KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch an. Gerade heuer hat sich dafür die Notwendigkeit gezeigt, da eine uferlose Erhöhung der festgelegten Baudichte (z.B. bei den Bauvorhaben Muchargasse – Laimburggasse und Rosenbergasse) zu einer gewaltigen

Verschlechterung der Lebensqualität von Anrainerinnen und Anrainern führen wird.

Zur Erinnerung: Das Grazer Bauamtsgebäude beim Bahnhof war ein Schwarzbau, weil die Baudichte überschritten wurde. Unter einem FP-Landesrat wurde das Baugesetz verschlechtert und ein Schlupfloch für Spekulanten geschaffen.

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Politische Marktschreier

Liebe Grazerinnen und Grazer!



Marktschreier sind manchmal keine seriösen Leute. Sie machen Reklame für Waren, die ihr Geld nicht wert sind. Da wird ein Allzweckgerät für den Haushalt angepriesen, das nach ein paar Tagen kaputt geht.

Mit ihren millionenschweren Werbekampagnen verhalten sich die herrschenden Parteien in der Steiermark wie unseriöse Marktschreier.

Es ist gut, dass die KPÖ bei diesem Spiel nicht mitmacht. Und es ist zu hoffen, dass viele Menschen in unserer Stadt am 26. September Liste 3, KPÖ wählen.

Warum? Wir helfen ganz konkret, wir hören zu und

wir setzen positive Veränderungen auch um, wenn wir dazu in die Lage versetzt werden.

KPÖ wählen wirkt! Mit Ihrer Stimme können Sie dazu beitragen, dass wir im Landtag weiter für die Menschen eintreten können, die von den „Großen“ vergessen werden.

Vor fünf Jahren hat das Grazer Ergebnis den Einzug der KPÖ in den Landtag gebracht.

Deshalb bitte ich ganz besonders um Ihr Vertrauen für die KPÖ. Überlegen Sie selbst, wer wirklich für die Leute da ist.

... Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 20 60
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DER KPÖ IM WAHLKREIS 1: GRAZ UND GRAZ-UMGEBUNG

	1. Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Klubobfrau im Landtag	
	2. Mag. Philipp Funovits, Mathematiker	
	3. Karin Gruber, Sozialarbeiterin	
	4. Peter Scherz, Werkzeugmacher, Betriebsrat Magna-Steyr	
	5. Ina Bergmann, Klubobfrau im Gemeinderat	
	6. Robert Krotzer, Student	
	7. Nina Giesen, Museumspädagogin	
	8. Kurt Luttenberger, Betriebsrat BFI	
	9. Gerti Schloffer, Gemeinderätin	
	10. Dr. Christian Promitzer, Historiker	

Grazerinnen und Grazer werden selbst aktiv Bausünden-Wahnsinn

Bürgerinitiativen haben sich jetzt vernetzt, um die Verantwortlichen der Stadt zum Handeln zu zwingen. „SOKO Altstadt“ fordert Runden Tisch.

Lässt Bürgermeister Nagl als Ressortzuständiger jeden Bau-Wahnsinn zu? Muss die Grazer Altstadt sich vor Denkmalmamt und Altstadtkommission schützen anstatt sich Hilfe zu erwarten? Solche und andere Fragen stellt die Bürgerinnenplattform „Graz denkt“. Zu ihr haben sich jetzt mehrere Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um gemeinsam Druck auf die politischen Verantwortungsträger zu machen.

Klagsdrohungen statt Anrainer-Rechte

Horrende Baudichteüberschreitungen (Muchargasse/Laimburggasse um 128%), Missachtung von Anrainerinteressen, Altstadt- und Denkmalschutz – in Graz scheint derzeit alles erlaubt. „Nicht einmal ein ablehnendes Gutachten von Sachverständigen, wie im Fall des Monsterbaus in der Rosenbergasse bringt ein einmal ins Auge gefasstes Bauvorhaben von renditehungrigen Inve-

storen zu Fall“, zeigt sich KP-Gemeinderat Andreas Fabisch empört. Als Mitglied der Berufungskommission war er bereits mehrmals mit Klagsdrohungen durch Investoren konfrontiert, ließ sich aber nie beirren. „Die KPÖ bleibt trotzdem dabei: unsere Stimme gilt stets den Interessen der Bevölkerung und nicht der Baulobby“, so Fabisch, der sich für eine Verschärfung des Steiermärkischen Baugesetzes stark macht.

SoKo Altstadt

Es ist der Initiative von Sarah Andersson als Sprecherin der BI Castellhof zu verdanken, dass die fortschreitende Zerstörung historisch wertvoller Bausubstanz mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt ist. Als „Soko Altstadt“ wollen die Aktivistinnen und Aktivisten verhindern, dass Graz mit unrühmlichen Bauprojekten sein bauhistorisches Erbe verschlampt.

Dem Verfallen-Lassen von



Foto: Graz denkt

Der Bürgermeister schaut zu, wenn das denkmalgeschützte Moserhofschlössl von einem Neubau förmlich erdrückt wird.

Baudenkmalern, in deren Folge Bauspekulanten mit der Begründung, eine Renovierung sei unwirtschaftlich, meist sofort die Abrissgenehmigung zubekommen, soll ein Riegel vorgeschoben werden. „Wir wollen ein Frühwarnsystem einrichten. Bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen, kann die Bau- und Anlagenbehörde nämlich die Eigentümer zu Instandhaltungsarbeiten zwingen“, sagt Karin Steffen, ebenfalls Mitglied von „Graz denkt“.

Runder Tisch

„Aufgrund der Ereignisse rund um den Abriss des Castellhofs, die Monsterprojekte in der Muchargasse, Lange Gasse und Rosenbergasse sowie rund um das Schloss Eggenberg haben wir einen Runden Tisch mit den Verantwortlichen der Stadt Graz eingefordert“, berichtet Sarah Andersson. Am 14. Oktober soll das Gespräch mit Bürgermeister Nagl nun stattfinden.



Aufgebrachte Aktivistinnen und Aktivisten stürmten mit ihren Forderungen das Bürgermeisterbüro.

Lagergasse/Zweiglgasse: Kommt Monsterbau?

Zuerst hat der Besitzer die Fläche jahrzehntelang brach liegen lassen, jetzt soll dort ein Bauprojekt errichtet werden, das die zulässige Baudichte überschreitet. Es geht um eine Fläche im Bereich Lagergasse/Zweiglgasse. KPÖ-Planungssprecher Gemeinderat Manfred Eber: „Diese massive Überschreitung geht zu Lasten der betroffenen Anrainer. Tatsächlich würden vor allem die Bewohner in der Lagergasse die natürliche Besonnung verlieren.“

Darüber hinaus ist natürlich bei dieser Bebauung mit höheren Lärm- und Luftbelastungen zu rechnen. Außerdem sind für 40 Kleinwohnungen lediglich 18 Autostellplätze vorgesehen, der Parkplatzdruck in der Umgebung wird weiter wachsen.

auf die Leute schauen!



Die Vertreterinnen und Vertreter der KPÖ beweisen seit 12 Jahren, dass es auch ohne Privilegien geht. Jedes Jahr wird am Tag der offenen Konten offengelegt, wie die überhöhten Polit-Bezüge konkret verwendet werden. Mit dem Geld werden in Not geratene Steirerinnen und Steirer unterstützt.“
 Von links nach rechts: LAbg. Werner Murgg, LAbg. Renate Pacher, die Grazer Stadträtin Elke Kahr, LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und LAbg. Ernest Kaltenegger

IST DAS GERECHT?

Berufspolitiker als Großverdiener

Politiker verdienen für Arbeitende unerreichbare Summen. Im Spitzenfeld: Eva Glawischnig (Grüne), Gerald Grosz (BZÖ), HC Strache (FPÖ).

to bekommen. Da wäre zum Beispiel FPÖ-Chef Strache mit einem Jahresgehalt von 194.208 Euro (gut 2,7 Mio. Schilling), die er als Chef des FPÖ-Parlamentsklubs bekommt. Über genauso viel darf sich Grünen-Chefin Eva Glawischnig freuen. Da lässt sich leicht nach außen eine soziale Einstellung präsentieren.

jährlich 285.600 Euro. Stolze 217.056 Euro verdient Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ), auf 177.072 Euro kommt der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP).

Das sind die Grazer Politgehälter:
 Einkommen in Euro monatlich, brutto

Bürgermeister Nagl, ÖVP:	12.648
Vizebürgermeisterin Rucker, Grüne:	10.608
Stadträte/innen	9.792
Gemeinderäte/innen	1.876

Einmal im Nationalrat, verdient man in der Politik pro Jahr soviel wie ein Durchschnittsarbeiter in 5 Jahren. Noch abgehobener sind die Gehälter von Regierungsgliedern.

Unter den politischen Großverdienern ist auch BZÖ-Kandidat Gerald Grosz. Er bekommt als Nationalrat und Grazer Gemeinderat 140.504 Euro pro Jahr, wie sehr zu seinem Ärger aufgedeckt wurde.

Hier könnten sie sparen!

Ein KPÖ-Antrag, wonach die Politbezüge drastisch gekürzt werden sollen, wurde im

Landtag von allen anderen Parteien abgelehnt. Die KPÖ bleibt standhaft bei der Forderung, dass sich die Politbezüge nicht von den Durchschnittseinkommen abheben dürfen.

Die Einkommen der „Sparmeister“

Einkommen in Euro monatlich, brutto

Landeshauptmann	16.000,13
LH-Stellvertreter	15.158,02
Landesrat	14.315,90
Landtags-Präsident	11.368,51
Klubobmann/frau	10.526,40
Landtagsabgeordnete	5.473,73

Spitzenverdiener

Spitzenverdiener in der heimischen Politik ist Bundespräsident Heinz Fischer mit 319.071 Euro pro Jahr. SPÖ-Kanzler Werner Faymann kommt auf

~~KPÖ~~ | *Klimt-Weithaler*

